

Klimaschützer der Initiative ausgeCO2hlt fordern Leitentscheidung zum Erhalt des Hambacher Waldes +++ Aktivisten kündigen zivilen Ungehorsam bei Räumung des Hambacher Forst an +++ Empfehlung der Kohlekommission verfehlt Pariser Klimaziel

Köln, 01.02.2019. Auf die gestrige Ankündigung der Aachener Polizei, bald wieder den Hambacher Forst räumen zu wollen, reagierten Klimaschützer der Initiative ausgeCO2hlt mit Unverständnis und Empörung. Polizeipräsident Weinsbach betonte, dass dafür wieder Bäume gerodet werden müssten. Die Initiative fordert den sofortigen Kohleausstieg, um den Hambacher Wald und die Garzweiler Dörfer zu erhalten. Hierfür soll eine neue Leitentscheidung der Landesregierung erarbeitet werden.

„Wir müssen den Hambacher Wald schützen, bis die Landesregierung per Leitentscheidung den Tagebau stoppt. Sein Erhalt ist nicht nur wünschenswert, sondern für die Pariser Klimaziele zwingend notwendig.“, so Daniel Hofinger, aktiv bei ausgeCO2hlt. „Um das 1,5-Grad-Ziel zu schaffen brauchen wir den sofortigen Kohleausstieg. So können auch der Hambacher Forst und die Dörfer bei Garzweiler erhalten bleiben“.

AusgeCO2hlt forderte NRW-Ministerpräsident Laschet auf, eine neue Leitentscheidung für das rheinische Braunkohlenrevier zu erarbeiten. Bis dahin dürften keine weiteren Fakten durch Räumungen und Rodungen im Hambacher Forst geschaffen werden. Bis mindestens zu diesem Zeitpunkt müsse der Hambacher Forst weiterhin geschützt werden. „RWE können wir nicht vertrauen. Wir müssen aufpassen, dass keine illegalen Rodungen passieren.“, so Hofinger. „Sollte die Regierung abermals lieber räumen statt retten, würden es wie letztes Jahr massenhafte Proteste geben“, kündigte Daniel Hofinger an.

Die Initiative ausgeCO2hlt kritisiert die Pläne der Kohlekommission, erst 2038 aus der Kohle auszusteigen. Studien zeigen, dass Deutschland so das Pariser Klimaziel um eine Milliarde Tonnen CO2 verfehlt. In der Empfehlung werden weder der Hambacher Forst sicher erhalten, noch die Umsiedlungen im Rheinland, dem Leipziger Land und der Lausitz gestoppt. Stattdessen würden den Energiekonzernen Milliarden als Entschädigungen geschenkt. AusgeCO2hlt beteiligt sich daher mit einer Demonstration in Bonn am 03.02. (14 Uhr ab Münsterplatz) an einer bundesweiten Aktionswoche für Klimagerechtigkeit.

Kontakt:

Telefon:

E-Mail: presse@ausgeCO2hlt.de